

Elbinger Volksstimme

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Beitz-
zettel 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 13

Mittwoch, den 5. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

Die Farmer helfen Nieuwe Courant meldet aus
den Bergarbeitern. Washington, daß der Farmerbund den
amerikanischen Bergarbeitern seine Unter-
stützung angeboten hat. Die Macht des Bundes liegt in den
großen Weizengebieten. In Dakota wurden die Getreideelevatoren
und Maschinen von den Farmern besetzt. Die Regierung rüstet
zum Machtkampf.

Entflohene Sechs irische Sinnfeiner, darunter die
irische Republikaner. Unterhausmitglieder Stood und Bersley,
sind aus dem Gefängnis in Manchester
entflohen. Ihre Verfolgung verlief resultatlos.

Gegen die Arbeiter! Ein nationaler Bloß gegen die Sozialisten
für die Kammerwahlen ist in Fran-
reich im Werden begriffen. Der Figaro hebt die charakteristische
Tatsache hervor, daß der Direktor der Petite Gironde, das die
erste große republikanische Provinzialzeitung zur Zeit des Kaiser-
reiches war, nun auf der gleichen Liste steht, wie Paul de Cassagnac,
der bonapartistische Agitator.

Neuer Kriesenpump Der der Nationalversammlung zugegangene
in Sicht. Reichsergänzungsgesetz für 1919 enthält einen
neuen Kreditanspruch von 8187 Milliarden
Mark. Für alle Ministerien werden erhöhte Ausgaben gefordert.
Aus der gesamten neuen Forderung ergibt sich ein Anleihebedarf
von 40,6 Milliarden, davon sind auf gesetzgeberischem Wege bereits
für 32,4 Milliarden Kreditermächtigungen erteilt worden. — Wie
das Defizit gedeckt werden soll, darüber machen sich die hochwohl-
tätigen Ministerien wenig Kopfschmerzen.

Hungerstreik Die in der sächsischen Festung Königstein
auf dem Röntgenstein. untergebrachten stehen seit dem 28. Oktober
im Hungerstreik, da die Zustände un-
erträglich geworden. Die Zensur Dresden verzögert die Post, so
daß Briefe erst nach 8—10 Tagen eintreffen. Ebenso sind jetzt die
Zellen geschlossen, die bei der Papierfäuerung natürlich so
kalt sind, daß die Gefangenen dauernden Schaden an ihrer Gesund-
heit davontragen. Ueber die Verpflegung schreibt ein Genosse:

Montag: Haferflocken in Wasser, Zucker und Zimt.
Dienstag: Gerstflocken in Wasser, ohne.
Mittwoch: Dünner Ories, Zucker und Zimt.
Donnerstag: Sago in Wasser, ohne.
Freitag: Graupen und Möhren in Wasser.
Dann noch viermal etwas Honig, einmal Marmelade, ab und
zu ein wenig ranzige Margarine oder 25 Gramm Wurst. Mit
dieser Kost bei kalten Zellen müssen die Häftlinge zugrunde gehen.
Sie ziehen ein rasches Ende vor.

Auch in Halle Mehr als sieben Monate sitzt in Halle der ehe-
Hungerstreik! malige Vorsitzende des Arbeiterrates, Genosse
Kilian, in Untersuchungshaft. Da lange Zeit
trotz allseitiger Bemühungen nichts zur Beschleunigung des Ver-
fahrens getan wurde, trat der Eingekerkerte in den Hungerstreik,
um gegen die Prozeßverschleppung zu demonstrieren. Dieses ver-
zweifelte Mittel hatte den Erfolg, daß dem Genossen Kilian endlich
die Anklageverfügung zugestellt und Termin auf den 10. November
angesezt wurde. Die Anklage lautete auf Rötigung, weil Kilian
bei Ausbruch der Revolution in der Druckerei der angeblich demotri-
schen *Salzeit* u. einige Rollen Papier leihweise entnommen
hatte. Weiter wird unser Genosse der Freiheitsberaubung beschuldigt,
weil er den im Dienste der Garde-Kavallerie-Division stehenden
Leutnant Hartung, den die Staatsanwaltschaft wegen zahlreicher
Betrügereien wohl oder übel doch einsperren mußte, in Schutzhaft
genommen hatte, um den Ausbruch der von dem Moskopsitz an-
gezetteten Putsch zu verhüten. — Gegen das hallesche Volksblatt
schweben sieben Prozesse. Die Justiz des weißen Schreckens.

Englische Zigarettenzufuhr. Wie Geddes im englischen
Unterhause mitteilte, betrug die
registrierte Ausfuhr englischer Zigaretten nach Deutschland im Juli
5500 Pfund (Gewicht), im August 54500 und im September
254500 Pfund.

Eisners Mörder. Die Untersuchung gegen den Grafen Arco,
der am 21. Februar das Attentat auf den
bayerischen Ministerpräsidenten Eisner verübte, ist abgeschlossen.
Der Graf wird am 14. November vor dem Münchener Volksgericht
erschienen.

Illusionen über dieses „Volksgericht“ darf man sich nach den
bisher damit gemachten Erfahrungen nicht hingeben. Auch Graf
Arco wird wie die anderen gegenrevolutionären Mörder „gnädige“
Richter finden.

Finlands Helfer General Mannerheim erklärt in einem offenen
will Petersburg. Brief an Präsident Stahlberg, daß Finlands
Stunde gekommen sei, Petersburg zu nehmen
und die Räteherrschaft zu stützen. Die gesamte Kulturmenschenheit
richte ihre Blicke auf Finnland und erwarte, daß die junge Nation
durch eine mutige Tat die Wertschätzung aller Völker gewinne.

Agitationsverbot. Telegraf meldet aus Newyork, daß Frank
Hayes und 83 anderen Gewerkschaftsführern
vorübergehend jede Agitation verboten wurde. Dieses
Verbot wurde auf Ersuchen des stellvertretenden Generalanwalts
ausgefertigt. Am 11. November wird der Gerichtshof über das
Streikverbot eine definitive Entscheidung treffen.

Wilson hat die Pläne des Kabinetts zur Verfolgung der
Streikführer gebilligt, auf Grund des Gesetzes, das Ausstände, die
die Lebensmittel- und Kohlenversorgung beeinträchtigen, für un-
erlaubt erklärt. Die Mehrheit der Bergwerksarbeiter in den großen
Erzeugungsgebieten in Pennsylvania, Westvirginien, Ohio, Illinois,
Michigan, Iowa, Kentucky, Colorado, Kansas, Wyoming, Montana
und Washington hat die Bergwerke verlassen. In einigen Städten
sind Truppen zusammengezogen worden.

Die Hebung unserer Valuta

In der Schweiz gilt die deutsche Mark
gegenwärtig noch 13 Pfennige ihres früheren
Wertes. (Zeitungsmeldung.)

Wir sind glücklich heute im deutschen Lande so weit, daß
man sich fragen muß, ob es sittlich und wirtschaftlich gerecht-
fertigt ist, die Arbeiterschaft aus ihrer Mitte heraus zur Arbeit
anzuspornen. Denn die Dinge liegen heute folgendermaßen:
Der Arbeiter wird nur etwa zu zwei Dritteln des Kaufwertes
seines früheren Lohnes bezahlt, die fertige Ware aber, die er
hergestellt hat, wird im Inland und Ausland zu dem viel-
fachen Preis als früher abgesetzt. Der Unternehmer und die
Zwischenhändler, vom Erzeuger bis zum Verbraucher, haben
früher netto, nach Abzug der Spesen, 20 bis 30 Prozent
Nutzen für zwei bis drei Personen oder Firmen gehabt.
Gegenwärtig erzielen diese ein Mehrfaches des früheren
Verdienstes, während der Arbeiter im Durchschnitt nur zwei
Drittel des früheren Verdienstes (nach der Kaufkraft
gerechnet) einnimmt. Der Arbeiter schuftet und hungert.
Der nichtarbeitende Schmarozger dagegen, vor allem das heute
sich breitmachende Schiebertum und der parasitäre Unternehmer
— im Gegensatz zum produktiv selbst tätigen und
reell gebliebenen Unternehmer — hat allein den
Nutzen aus der Arbeit der durch Krieg und Unterernährung
geschwächten Kraft des Arbeiters. Das ist ein so ungeheures
materielles und ideelles Mißverhältnis, daß es jedem körper-
lichen und geistigen Arbeiter die Lust zur Arbeit nehmen muß
und sie der Masse der Arbeiter auch tatsächlich nimmt. Und
nicht nur ihnen, sondern auch dem realen Unternehmer und
Kaufmann, wie diese letzteren unumwunden zugestehen.

Aber nicht genug damit, daß der Arbeiter und mit ihm
der größte Teil der deutschen Bevölkerung unter unhaltbaren
materiellen Verhältnissen arbeiten soll, sich mit zwei Dritteln
seiner früheren Existenzmittel begnügen und zusehen soll, wie
das widerlichste und verbrecherischste Schiebertum das letzte
Drittel und dazu noch Vorkerschmugger, den Schweiß seiner,
allein seiner Arbeit verpraßt; das Resultat seines Schaffens bleibt
nicht einmal im Lande, kommt nicht einmal wenigstens zur
Verwertung der Allgemeinheit, sondern wird sofort nach
dem Auslande abgeschoben, sei es direkt in Waren
oder nach Verkauf im Inland der Erlös in Geld und bleibt
dort, um vor Steuern und Zugriff gerettet zu werden. Das
hinausgeschobene Geld drückt dabei die deutsche Valuta immer
weiter und weiter hinab, während die Ware oder der Erlös
dafür in fremder Währung im Auslande deponiert wird.
Werden heute von einem Produktionszweig z. B. Maschinen
50 Prozent mehr hergestellt als bisher, so kommen die Gegen-
werte dafür, soweit sie als Maschinen exportiert werden,
größtenteils nicht mehr nach Deutschland zurück, und soweit
sie in Deutschland abgesetzt werden, wird ein großer Teil des
dabei vom parasitären Nichtarbeiter verdienten Geldes
schleunigst nach dem Auslande geschoben. Ein Beispiel aus
den letzten Tagen: Der General Ludendorff hat ein
Buch geschrieben und mit auswärtigen Verlegern Abschlüsse
über die Herausgabe gemacht. Er hat dabei die geschäftliche
Seite sehr wohl zu beachten verstanden und nach Presse-
meldungen ungewöhnlich hohe Honorare von den Verlegern
verlangt und erhalten. Es sollen über 20 Millionen Mark
Gold sein. Die Ziffer ist für uns nicht kontrollierbar. Diese
20 Millionen Mark Gold aber hat Ludendorff, der in diesem
Falle (geistiger) Arbeiter, Unternehmer und Schieber zugleich
ist, nach den Angaben der M. P. nicht nach Deutschland in
Auslandswerten zurückgebracht, sondern er läßt das
Geld im Auslande stehen.

In der gleichen Weise liefert ein Exporteur z. B. für
10 Millionen Mark Waren ins Ausland, verkauft sie dort,
läßt aber die Beträge dafür im Ausland stehen und bringt
sie nicht zurück. Umgekehrt werden dann große Mengen
Luzuswaren eingeführt, die der Arbeiter von seiner
Lohnung nicht kaufen kann, aber wohl der Schieber, und für
deren zweckwidrige Anschaffung gleichfalls Geld ins Ausland
auf diesem Wege abwandert, was in der Wirkung auf das
selbe hinauskommt, wie Vermögensverschlebung. Der Arbeiter,
der Angestellte, Beamte, kleinere Rentner usw. muß zusehen,
wie diese, für seinen Geldbeutel unerreichbaren Waren in den
Schaufenstern herumliegen, sich sagen, daß sie auf die Valuta
drücken und ihm die Einfuhr von wirklich notwendigen
Gegenständen, die er nicht entbehren kann, noch mehr ver-
teuern. Und solch ein Hand- oder Kopparbeiter soll, unter-
ernährt wie er ist, mit Lust arbeiten können, während er sieht,
daß alles, was er mehr arbeitet, nur darauf hinausläuft,
seine eigene Lebenshaltung noch mehr zu belasten, um das
Prassertum, das von dieser seiner Hände Arbeit lebt, groß
zu ziehen?

Erst muß das Schiebertum bekämpft werden.
Der Wucher, der unlautere Gewinn muß beseitigt, die Un-
möglichkeit muß geschaffen sein, das Produkt der menschlichen
Arbeit ohne Gegenwert aus dem Lande zu schieben, dann
kann erst der Zustand eintreten, daß die Arbeit auch der All-
gemeinheit zugute kommt. Daß die Arbeiter nicht arbeiten
wollen, ist nicht wahr. Diese Behauptung kann allein ein
Nichtarbeiter aufstellen, der den Arbeitsmarkt nicht kennt, denn
auf jede offene Stelle finden sich heute anderthalb Bewerber.

Es sollen weit über 100 Milliarden Mark deutsche Werte
ins Ausland verschleppt worden sein. Die Tributpflichtigkeit,

die auf diese Weise erschlichenen Abgaben an den Schieber
im neutralen Ausland sind wahrscheinlich größer als das,
was an die Entente an Entschädigungen gezahlt werden soll.
Es ist vor allem darum überaus schwer, wenn nicht unmöglich,
für den Staat — der übrigens ungeheuer verschwenderisch
haushält — die nötigen Mittel aufzutreiben, oder gar für
Kriegsentschädigungen, weil der Wert aller Arbeit von einer
parasitären Schicht erfaßt und, oft nach Durchgang durch die
verschiedensten Hände, da, wo er sich endlich zu größeren Be-
trägen ansammelt, alsbald ins Ausland verschleppt wird.

Hier wird ein Ausfangungsprozeß größten Stieles ge-
trieben, der aus dem deutschen Wirtschaftsleben das letzte
Mark und die letzte Mark herauspreßt und herauswuchert
unter dem Schutze der Maschinengewehre, die praktisch tat-
sächlich — wenn auch schwerlich vollbewußt — nur zu diesem
Zwecke in Tätigkeit treten, immer dafür, nie dagegen. Unter-
stützt fernerhin durch einen bodenlos verleumderischen Lügen-
feldzug interessierter Kreise, der die Wahrheit verschleiern
muß und dem der amtliche Nachrichtendienst sich zur Verfügung
stellt.

So kommt es, daß Arbeit die gegenwärtigen Valuta-
schwierigkeiten nicht bessern kann, ja theoretisch muß sie sie
unter den vorliegenden Verhältnissen noch verschlechtern. Die
Möglichkeit, die Valuta zu heben, liegt auf anderem Gebiete:
Bekämpfung des Wuchers, Unterdrückung der Kapitalab-
wanderung, Erfassung des abgewanderten Kapitals oder
Außerkräftsetzung — ein allerdings schwieriges, aber durch-
führbares Unternehmen — Abschneidung der Möglichkeit
der Valutapetulation, reflexlose Kontrolle aller Ein- und
Ausfuhr und auf diesem Wege gleichzeitige Herstellung einer
aktiven Handelsbilanz, auch sie ist ohne Zweifel durchführbar,
das sind die Wege zur Hebung der Valuta.

Aber man sieht keine Möglichkeit dazu angesichts der alles
durchdringenden Korruption unseres politischen und wirtschaft-
lichen Lebens, die sich nur beseitigen läßt durch völligen
politischen Systemwechsel, gänzlich neue leitende
Menschen und, was noch wichtiger, neue leitende Gedanken.

Und weil man das alles weiß, deshalb bringt man
„Parolen“ heraus, die das Volk verwirren und die Aufmerk-
samkeit von den wirklichen Ursachen und den wirklich Schuldigen
ableiten sollen.

Solch eine Schieberparole ist der Satz „Nur Arbeit kann
die Valuta heben“.

Mit der falschen „Parole“ soll die richtige verhindert
werden, die lauten muß:

„Nur Beseitigung von Wucher und Korruption kann die
Valuta heben.“

Leitsätze zur Steuerpolitik der U. S. P.

Die Berliner Parteileitung hat sich mit der
Steuerpolitik der U. S. P. beschäftigt. Sie unterbreitet der
Parteiengenossenschaft die nachfolgende vom Genossen Wurm
verfaßte Resolution zur Diskussion;

1. Eine sozialistische Steuerpolitik ist erst möglich nach
Eroberung der politischen Macht durch die klassenbewußte
Arbeiterschaft.
2. Jede kapitalistische Steuerpolitik stößt an die Schranke,
daß sie das Produktionskapital der Privateigentümer nicht
ohne Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaft angreifen kann.
3. Die sozialistische Steuerpolitik hat die Aufgabe, in
Verbindung mit den anderen Maßnahmen der Sozialisierung,
die Übernahme der Produktionsmittel in den Besitz der Ge-
samtheit zu bewerkstelligen und die aus der kapitalistischen
Gesellschaft stammenden Vermögens- und Einkommensunter-
schiede auszugleichen.
4. Gleichzeitig sind die Produktionsmittel selbst in ihrer
sachlichen Naturalform systematisch in Gesamteigentum zu
überführen.
5. Erst eine solche Steuerpolitik kann wirklich sozialrevo-
lutionär wirken.
6. In der kapitalistischen Gesellschaft ist die Verteilung
der Steuerlast eine politische Machtfrage; die politisch stärkere
Klasse legt die Steuern auf die politisch schwächere und ver-
größert dadurch die im Wesen des Kapitalismus liegende
Ausbeutung der Arbeiterklasse.
7. Die U. S. P. D. fordert innerhalb der kapitalistischen
Gesellschaft, daß die Ausgaben für die Gemeinschaft (Reich,
Staat, Provinz, Gemeinde) durch Steuern gedeckt werden, die
nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu bemessen und
von den drei Klassen zu tragen sind, aus denen die kapitalistische
Gesellschaft besteht: I. Die Eigentümer an bloßer Arbeitskraft,
die Lohnarbeiter, II. die Eigentümer an Kapital, die Kapitalisten,
III. die Eigentümer an Grund und Boden, die Grundbesitzer.
8. Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungs-
fähigkeit tritt nur dann ein, wenn Vermögen, Erbschaften und
Einkommen unmittelbar (direkt) getroffen werden. (Besitzsteuern.)
9. Steuern, welche die Erzeugung oder den Vertrieb von
Waren belasten, mittelbare (indirekte) Steuern, werden vom
wirtschaftlich Stärkeren auf den wirtschaftlich Schwächeren ab-
gewälzt ohne Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Leistungs-
fähigkeit.

10. Ob eine Steuer direkt oder indirekt wirkt, steht nicht ein für alle mal fest, sondern wechselt, je nach den wirtschaftlichen Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten.

11. Die Erhebungsform der Steuern, ob direkt oder indirekt, ist nicht entscheidend dafür, wen die Last der Steuer tatsächlich trifft.

12. Einkommen und Vermögen, die aus Arbeitslohn stammen, müssen bis zu dem für ein menschenwürdiges Dasein erforderlichen Existenzminimum steuerfrei bleiben.

13. Einkommen aus Vermögen (fundiertes Einkommen) ist höher zu besteuern als nicht fundiertes Einkommen. Besitz, der zum Erwerb des Lebensunterhaltes nötig ist, muß steuerfrei bleiben.

14. Die Besteuerung des Einkommens ist je nach der Höhe des vorhandenen Vermögens progressiv zu steigern.

15. Der Vermögenszuwachs ist ebenfalls progressiv zu besteuern, doch ist ein Zuwachsminimum, soweit es aus Arbeitslohn entstanden ist, frei zu lassen.

16. Die landwirtschaftliche Grundsteuer trifft nur dann direkt den Besitzer, wenn das Angebot von Bodenprodukten größer ist als die Nachfrage, so daß die Steuer nicht auf den Preis der Produkte geschlagen werden kann.

17. Die städtische Grundsteuer, Gebäude- und Bauplatzsteuer, muß durch ausreichende Wohnungsfürsorge ergänzt werden, um die Ueberwälzung der Steuer auf den Mieter zu verhindern.

18. Verbrauchsabgaben (indirekte Aufwand- und Umsatzsteuern) auf Nahrungsmittel, Genussmittel und Verbrauchsgegenstände der breiten Massen, insbesondere auf Brot, Fleisch, Fett, Zucker, Salz, Bier, Branntwein, Tabak, belasten den Vermögenden im Verhältnis zu seinem Einkommen stärker als den Wohlhabenden.

19. Verbrauchsabgaben auf den Luxus der Wohlhabenden (Luxussteuern) bringen auch bei hohem Steuersatz verhältnismäßig geringe Einnahmen, während sie gleichzeitig auf die Produktion der Luxuswaren und die dabei beschäftigten Arbeiter wie auch an dem auswärtigen Handel schädigend wirken können.

20. Wie die Verbrauchsabgaben wirken auch die Zölle auf Nahrungsmittel, Genussmittel und Verbrauchsgegenstände.

21. Reich-, Staats- und Gemeindebetriebe dürfen nur, soweit sie nicht allgemein üblichen Bedürfnissen dienen, Preise oder Gebühren berechnen, bei denen Uebererschüsse erzielt werden, sonst wirken sie wie Verbrauchsabgaben.

22. Demgemäß fordert der Parteitag der U. S. P. D.: Progressiv gestaffelte Besteuerung von Vermögen, Erbschaft und Einkommen, Ablehnung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

23. Die sozialistische Gesellschaft, ganz besonders aber die deutsche Kapitalistenklasse hat die durch ihre Politik und den Krieg verursachten Ausgaben, Schulden und Kriegsverpflichtungen ins Ungeheure vermehrt, gleichzeitig die Möglichkeit zur Deckung durch Kapitalflucht und Steuerhinterziehung verringert. Infolgedessen müßten die Besitzsteuern bis zu einer von der Kapitalistenklasse als unerträglich empfundenen Höhe gesteigert werden und deshalb bemüht sie sich, die Steuerlast durch indirekte Abgaben auch auf die Vermögenden, die steuerfrei bleiben müßten, abzuwälzen.

24. Die U. S. P. D. erklärt daher, daß die unverzügliche Finanzreform der Sozialisierung unumgänglich notwendig ist, um der Gesamtheit die sonst den Kapitalisten zufließende Mehrwertrente zuzuführen und dadurch zu verhindern, daß die arbeitenden Massen durch Steuerlasten erdrückt werden.

Politische Rundschau

Deutschland

Von den diplomatischen Liebesgaben

Die große Futterfendung aus der Schweiz, welche vor 14 Tagen auf der badischen Schwarzwaldbahn als „Diplomatisches Reisegepäck“ eines Kuriers in die Fahnderhände

geriet, enthält, wie mitgeteilt wurde, meist Schokolade, Kaffee, Zigarren in einzelnen Paletten, welche doppelt eingeschachtelt waren. Unter den verborgenen Adressen befand sich auch jene eines Dr. Gradnauer in Dresden. Das badische sozialistische Regierungsblatt *Volksfreund* in Karlsruhe will nun auf Befragen erfahren haben, daß an diese Adresse nur eines von den vielen diplomatischen Paletten gerichtet gewesen ist. Warum verschweigt das offiziöse Blatt die Namen der anderen Menschenkinder aus der deutschen Diplomatie, welchen die Liebesgaben des einen der vielen bisher verwendeten Schieberkurriere zugeordnet waren? Herr Gradnauer, Ministerpräsident von Sachsen, hat bestritten, daß das Kuriergepäck ausschließlich für ihn bestimmt gewesen sei. Er habe „nur“ achtzehn Kilo davon erhalten. Ob es sich um Schokolade, Kaffee, Tee oder andere Herrlichkeiten handelt, hat er nicht verraten, jedoch auch nicht behauptet, daß er achtzehn Kilo diplomatische Noten übermietet bekommen hat. Es muß also dem Leser selbst überlassen bleiben, seine Schlüsse aus der Gradnauerschen Erklärung zu ziehen.

Konferenz der Thüringer Arbeiterräte

Eine Konferenz der Arbeiterräte Thüringens, die aus 31 Orten durch 48 Delegierte vertreten war, beschäftigte sich mit den Kommunalarbeiterräten und den Arbeiterratswahlen. Von den Vertretern gehörten 36 der U. S. P. D., 6 der K. P. D., 4 der S. P. D. und 2 der D. P. an. Nach einem Referat des Genossen Knauff und darauf folgender eingehender sachlicher Diskussion wurden gegen 5 Stimmen folgende Leitsätze angenommen:

„Die Arbeiterräte bleiben bestehen, gleichviel ob sie von der Regierung oder Gemeinde finanziert werden oder nicht. Die Grundlage der Arbeiterräte ist so zu verändern, daß die Haupttätigkeit der Arbeiterräte nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf politischem Gebiet zu erfolgen hat. Die Arbeiterräte haben nicht die Aufgabe, die selbstverschuldeten Wirtschaftsnöte der gegenwärtigen Regierung beseitigen oder erleichtern zu helfen. Die Konferenz steht auf dem Standpunkt, daß über kurz oder lang ein Umschwung der politischen Verhältnisse in Deutschland eintreten muß, der sicher vorwärtstreibend, revolutionär sein wird, die Arbeiterräte werden dann wichtige politische Aufgaben zu erfüllen haben, zumal die Ausschaltung der bürgerlichen Parlamente dann eine Naturnotwendigkeit ist.“

Es wurde angeregt, in den einzelnen Landesteilen Stützpunkte für die Arbeiterräte zu schaffen. Als Zentrale für Thüringen wurde der U.-Rat in Jena bestimmt.

Schwindel

Durch die bürgerlich-rechtssozialistische Presse geht eine Notiz, wonach ein Mitglied unserer Kölner Stadtverordnetenfraktion, der als Hilfsarbeiter bei der Stadt Köln beschäftigt war, sich grober Vergehen, Unterschlagung von Marken etc. schuldig gemacht haben soll. Das alles ist blanke Schwindel. Dem betreffenden Genossen wurde von seiner Behörde zum Vorwurf gemacht, daß er als Ausschußmitglied während der Dienststunden mit einer Angestellten pousseiert hätte. Darob große moralische Aufregung beim Zentrum und ein hinterlistiger, alle Folgerungen offenlassender Artikel der rechtssozialistischen Rhein. Zeitung. Um den haßerfüllten Gegnern bei ihren Angriffen auf die Partei den Wind aus den Segeln zu nehmen, ist der betreffende Genosse sofort aus der Rathausfraktion ausgetreten. Damit ist das Agitationsplänchen der Moralheuchler zerschanden geworden.

Wie ist eine gemeinsame Aktion möglich?

Die rechtssozialistische Stadtverordneten-Fraktion in Köln hatte der Fraktion der U. S. P. den Vorschlag gemacht, eine Arbeitsgemeinschaft auf Grund „eines sozialistischen Aktionsprogramms“ und „gemeinsamen taktischen Vorgehens im Rathaus“ zu bilden. Unsere Genossen im Kölner Stadtverordnetenkollegium haben darauf geantwortet, daß die Politik der Rechtssozialisten im Staat und Kommune unssozialistisch und voller kleinstümmiger Zugeständnisse ist; die sozialistische Umstellung der Rechte ergebe von selbst den Boden, auf dem gemeinsam gearbeitet werden könne.

entschlossen, sie zu heiraten. Nach Erfüllung der weiteren Formalität zog sich der Gerichtshof dann zur Beratung zurück.

Jordan blieb auf seinem Platz. Er blätterte nervös in den Akten. Er nahm sich höflich zusammen, um nach außen hin ruhig zu erscheinen, und doch tobte die Erregung so in ihm, daß sein Kopf wie Feuer brannte.

Mit fiebernden Wangen saß er da. Seine Hände zitterten. Was ist mir denn? Weshalb erregt mich denn die Entscheidung dieser Sache so namenlos? Es ist doch nicht mein Schicksal, das dort hinter jener Eichentür entschieden wird.

Schau sah er von seinen Akten auf, in die er mit zitternder Hand hier und da Sinnloses hineingekritzelt hatte, um den Uebrigen den Anschein völliger teilnahmloser Geschäftigkeit und Gleichgültigkeit vorzutäuschen. Alle saßen in gedrückter Erwartung auf ihren Plätzen und starrten stumm vor sich hin. Bloß dieser Invalide weinte und weinte. Der Born seiner Tränen schien unerschöpflich. Die halbe Stunde, die die Richter brauchten, schien Jordan eine Ewigkeit. Endlich öffnete sich die Tür, und der Gerichtshof kehrte zurück.

Der Vorsitzende verkündete das Urteil. Es lautete auf ein Jahr Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Mit einem Aufschrei stürzte Herta Hecker auf ihre Mutter zu und riß sie über die Schranke der Anklagebank weg in ihre Arme.

Auch die Verurteilte schrie jetzt wie unter einem furchtbaren Schläge auf.

Der Zeuge Koch eilte zur Tür hinaus — und schreiend und heulend, als wollte er ihn schlagen, stürzte der Invalide mit drohend erhobener Krücke hinter ihm drein . . .

Drittes Kapitel.

„O — diese Schreie! Diese Schmerzensschreie dreier gequälter Menschen — wie hallten sie in Jordans Ohren nach! Er hörte sie ständig. Das Bild des mit geschwungener Krücke schreiend aus der Tür hinter dem Denunzianten herfürzenden Krüppels, das Bild dieses Mädchens, das aufheulend sich über die Mutter warf, konnte Jordan dieser Eindücke nicht wieder ledig werden?“

Durch den herbstlich fahlen Tiergarten im ersten Winterhauch ging er mit großen Schritten heim und durchdachte den ganzen Rechtsfall noch einmal vom Anfang bis zum Ende durch — da war kein Einwand, kein Zweifel möglich. Die Tatsachen standen auf eisernen Stützen, die Schuldbeweise waren so unerschütterlich fest, daß die Beurteilung fast automatisch sich ergeben mußte. Einen Strich unter die Sache — und nicht mehr an sie denken.

Aber sie nistete sich fest da irgendwo in seinem Gehirn. Er flug von neuem an, den Fall zu analysieren — jetzt

Das war kurz und bündig und treffend. — Den Rechtssozialisten dämmert es hier und dort auf, daß ihnen ihre Tschelmecheln mit den Bürgerlichen gefährlich wird. Da möchten sie doch den Anschluß nach links nicht ganz und gar verpassen. Aber solange sie nicht zu sozialistischer Politik zurückkehren, muß ihnen auch der Anschluß an die U. S. P. verjagt werden.

Gedächtnisschwäche

In der Frankfurter Zeitung lesen wir:

„Die Ludendorff, die Tirpitz, die Graefe, die Reventlow, sie waren es, die mit ihrem U-Bootsfieber, mit ihrer Vaterlandspartei, mit ihrer allen Glauben zerfressenden Bogenhege das Mark unseres Widerstandes ausgehöhlt haben. Ihnen danken wir die furchtbarste Niederlage, ihnen das heutige Elend. Fremd war diesen Junkern, diesen Kadettenhaus-Offizieren das Denken, Fühlen und Wollen des deutschen Soldaten, des ganzen tapferen und treuen Volkes. Diese Klust zwischen Herrschenden und Beherrschten in der Heimat und draußen an der Front, das ist unser Fluch gewesen. Nie darf diese Klasse der Herrschenden Deutschland wieder unter die Füße bekommen . . .“

Die Presse der jetzigen Regierungsparteien, vor allem aber die abhängige, zittert zustimmend dieses Urteil der Frankfurter Demokratie. Sie vergißt nur eins zu erwähnen, nämlich, daß die Kollektion von Kriegsverbrechen, die darin erledigt wird, nur deshalb ihr Unwesen treiben konnte, weil ihre bodenlos leichtfertige Kriegspolitik von denselben Parteien während des Krieges unterstützt wurde, die sich jetzt darüber moralisch entrüsten. Abgelehnt haben von sämtlichen Mitgliedern des ehemaligen Reichstages das „U-Bootsfieber“ nur die Unabhängigen Sozialdemokraten und ihre parlamentarischen Vorläufer, die Mitglieder der Fraktion „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“. Alle anderen waren mehr oder minder offen damit einverstanden. Mit ihrer jetzigen Charakterisierung der U-Bootsfreunde sprechen sie sich selbst das Urteil, dem wir nichts hinzuzufügen haben.

Zu Noskes Praxis

In einer Behandlung zum Münchener Gesellenmordprozeß schreibt der Rechtsanwalt Dr. Sirschberg, München, dem abhängigen Bremer Volksblatt:

„ . . . Zunächst gab dieser Prozeß Gelegenheit, in einem allerdings noch sehr beschränkten Umfange nachzuweisen, mit welcher verbrecherischen Leichtfertigkeit man solche gemeingefährlichen Bluthunde bei der Unterdrückung der kommunistischen Unruhen von Seiten des militärischen Systems losgeschlagen hat. Die Instruktionen und Befehle der vorgelegten Stellen hatten den Leuten klar gemacht, daß man mit Spartakisten „kurzen Prozeß“ machen dürfe . . .“

Der Oberste und Verantwortliche des republikanisch deutschen „militärischen Systems“, Herr Noske, wird für diese Feststellung seiner Parteifreunde gewiß recht dankbar sein. Denn er selbst ist es gewesen, der das berichtigte, verfassungswidrige und aller Gerechtigkeit hohnsprechende „Standrecht“ proklamierte, das die Münchener Bestialitäten erst möglich machte. Dr. Sirschberg schreibt weiter:

„ . . . Dieses militärische System, das hier einmal seine ganze Gemeingefährlichkeit an einem schrecklichen Beispiel enthüllt hat, diese vollkommene Verachtung des Menschenlebens, diese unverstörte Verteidigung vor der stillschweigenden Anklage der schwersten Pflichtverletzung ist echt militärisch im alten üblen Sinne. Geschieht etwas, um diesen militärischen Geist mit den Wurzeln endlich auszurotten?“

Und fordert endlich eine Amnestie für alle Outgläubigen.

Um deutsch zu reden: die Art, in der die regierungssozialistische Presse jetzt den Münchener Prozeß behandelt, nennt man unter anständigen Leuten demagogisch. Man will so tun; man will den Arbeitern vormachen, man vertrete ihre Interessen. Deshalb kritisiert man darauf los, ohne auf die Ursachen der entsetzlichen Verbrechen in München und anderswo, die von Noskesoldaten in viehischer Roheit und unsagbarer Gemeinheit begangen wurden, einzugehen. Man schiebt die Schuld auf das System 2, aber vergißt zu sagen, daß der

schien er ihm fast klassisch, ein reines Schulbeispiel für schwere Rupperei.

Zum Henker — er war fertig mit dieser Geschichte! Sachen dieses Schlages waren in zwanzigjähriger Staatsanwaltschaftstätigkeit massenhaft durch seine Hände gegangen, ohne daß sie ihn nach der Verhandlung noch irgendwie beschäftigt hätten. Causa finita. Eine erledigte Nummer. Heute abend schon kamen neue Akten in seine Hand — ein anderes Bild wird dieses verdrängen.

Er schritt kräftig zu, als gälte es, irgend etwas rasch hinter sich zu lassen. Er zog die Uhr. Halb sieben. Eine Stunde schon über die Dinerzeit. Hoffentlich hatte Rosalinde allein gespeist, hoffentlich hatte sie für die Zeit nach dem Diner irgendeine eilige Wohlfahrtsangelegenheit, die sie in der Stadt erledigte. Dann lag sonst ein Zettel auf seinem Schreibtisch, Jordan möge entschuldigen, sie sei in der Stadt und werde am Abend vor acht zurück sein. Aber — da stand sie ja schon im Erkerfenster, sah in der Dunkelheit nach ihm aus und hatte im hellen Licht der Laterne, da er über den Fahrdamm auf sein Haus zuging, ihn schon bemerkt. Sie winkte herunter. Er zog den Hut. Wie ärgerlich! Er hatte gerade jetzt ein starkes Bedürfnis, allein zu sein, war so gar nicht darauf gestimmt, Rede und Antwort zu stehen.

Dann half da nichts. Er strich mit der behandschuhten Rechten über sein bartloses Gesicht, als wolle er etwas fortwischen. Er dachte an jenen Abend, da er den Mörder mit Kern gehabt, und, heimkehrend, sich fest vorgenommen hatte, sich nichts anmerken zu lassen — und doch hatte Rosalindens Späherauge sofort bemerkt, daß ihm etwas quergegangen war. Mit einer mütterlichen Aengstlichkeit wachte sie über ihn. Sie sah es im Augenblick, wenn ihn etwas aus dem Gleichgewicht gebracht hatte. Und dann begann ihr Verhör. Er mußte beichten, bis alles gesagt und der Fall vor ihrem scharfen Verstande ausgebreitet war. Dann gab sie ihr Urteil und zog daraus die für Jordan sich ergebende Schlussfolgerung. So war der Hergang jedesmal. Und obgleich diese tief mütterliche Anteilnahme der Ausfluß wirklicher lebendiger Zuneigung war, so bedeutete er doch zeitweise einen Zustand seelischer Hörigkeit, der für Jordan zur Qual wurde.

Denn es geschah, daß er selbst mit den Dingen noch gar nicht in dem Grade fertig war, daß er zu ihnen noch nicht in solchem Maße Stellung gefunden, um fähig zu sein, sie einem Dritten darzulegen. So war es an jenem Abend, als er von Kerns törichte Ermahnungen zur Milde im Amte hatte entgegennehmen müssen.

(Fortsetzung folgt.)

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

13]

„Alle Achtung,“ begann er, „vor diesem wichtigen Einfall. Aber der Herr Verteidiger wird doch dem Gerichtshofe im Ernst nicht zumuten wollen, dieses Kindermärchen von der Verlobung der beiden Zeugen Ernst zu nehmen. Verloben kann sich jeder ledige Mann zu jeder beliebigen Stunde, denn in der darauffolgenden schon ist es ihm ein leichtes, das Eheversprechen zurückzunehmen.“ Schließt es doch bei uns nicht wie in England die Verpflichtung zu einer Entschädigung in sich. Der prozessuale Endzweck dieses so hastig geschlossenen Verlöbnisses ist denn doch für jeden Denkenden allzu durchsichtig.

Auf diese billige Art wird es Ihnen nicht gelingen, die Angeklagte ihrer gerechten Bestrafung zu entziehen. Ich zweifle nicht, daß der Zeuge Lokatos hier mit aller Feierlichkeit die Tatsache seiner Verlobung mit Herta Hecker bekräftigen wird.

Das kann mich und wird die Herren Richter nicht hindern, an einer wirklichen Eheschließung des so ungleichen Paares aus ganzem Herzen zu zweifeln. Mädchen dieser Art heiratet man nicht, selbst wenn man ein ungarischer Maler mit ansehnlicher Jahresrente ist und mit bedeutendem Vorschuss auf Welt- und Ruhm. Stand doch der Herr Verteidiger nicht an, diesen neun- undzwanzigjährigen Herrn schon heute mit jenem wunder-schönen Goethezitat unter die Unsterblichen einzurangieren, die verlorene Kinder mit feurigen Armen zum Himmel emporheben. All diese Dinge entbehren denn doch für meinen Geschmack in gar zu hohem Maße des Ernstes, mit dem eine Sache wie diese schließlich behandelt sein will.

Nach notwendiger Außerachtlassung all dieser Unbedeutlichkeiten bleibt für mich an Faktischem der Tatbestand der schweren Rupperei zweifellos bestehen, und ich bin sehr sicher, daß der Gerichtshof in diesem Sinne sein Urteil fällen wird.“

Dieses hatte Jordan in vollster Ruhe ausgeführt, in einer Gelassenheit, die ihn selbst verwunderte, aber er war sicher, daß dieser ironische Ton hier, angesichts einer solchen plumpen Ueberrumpelung besser am Platze war als das Pathos der Enttäuschung. Jordan behielt diese Gefasstheit selbst in dem Augenblick, als Herta Hecker auf das Stichwort „Mädchen dieser Art heiratet man nicht“, die Fäuste ballte und einen herausfordernden Blick ingrinnigen Hasses zu ihm empor-sandte.

Er behielt seine spöttische Miene, als der ungarische Maler auf Aufforderung des Verteidigers wirklich den Richtern die Erklärung abgab, er sei in der Tat mit der Hecker verlobt und

Verantwortliche Roske ist, das Mitglied der eigenen Partei, dem man bisher noch bei jeder Gelegenheit ein Vertrauensvotum ausstellte. Und aus diesem Grunde sind sowohl Rechtssozialisten wie das Bürgertum Nutznießer und Mantelträger des Systems, das sie angeblich verabscheuen. Ihr Tun ist pure Heuchelei, auf die hoffentlich bald kein Arbeiter mehr hereinfallen wird.

Großbritannien

Die Logik des Wahnsinns

Labour Leader veröffentlicht einige Äußerungen des Erfinders der Dreadnoughts Lord Fisher, die beweisen, zu welcher Wahnsinnslogik militärisches Denken führt. Nach Labour Leader hat Lord Fisher sich seit 1904 bemüht, einen Plan zu entwerfen, die deutsche Flotte ohne jede Kriegserklärung in Kiel zu überfallen und sie zu versenken, wie einst die dänische Flotte in Kopenhagen unschädlich gemacht worden war. Die englische Regierung ist auf solche Pläne nicht eingegangen. Sie benahm sich in diesem Falle anders, als die deutsche Regierung, die 1914 Belgien überfiel und „unschädlich“ machte. Der Fall Fisher gibt daher ebenfalls ein Bild, welchem Verbrechen die Welt ausgesetzt ist, wenn sie ausschließlich von Militärs beherrscht wird.

Bolschewistenhege überall

In England finden gegenwärtig die Gemeindevahlen statt, durch die ein Drittel der Gemeinderäte erneuert wird. Selbstverständlich, daß die Arbeiterpartei mit eigenen Kandidaten auf den Plan tritt. In bürgerlichen Flugblättern wird alles Mögliche getan, was geeignet erscheint, die Doffentlichkeit gegen die Arbeiterpartei einzunehmen. Der Bolschewistenschreck muß wieder einmal herhalten. Die Arbeiterpartei wolle die englischen Municipalitäten in russische Sowjets verwandeln. Tout comme cher nous. Allerdings mit dem Unterschiede, daß der blutgetränkte antibolschewistische Lappen mit größter Vorliebe von den Rechtssozialisten geschwenkt wird.

Zu und um Elbing

Stadtverordnetenwahl

Sämtliche auf die Kandidatenliste gestellten Genossen ersuchen wir im Laufe der nächsten Tage zum Unterschreiben der Liste in dem Parteibureau Spieringstraße 21 erscheinen zu wollen. Die Parteileitung.

Unser Kommunalprogramm

Soweit nicht durch den Staat ausreichende Einrichtungen getroffen sind, fordert unser Programm in Bezug auf Sozialpolitische Aufgaben:

1. Die Gemeinden haben Arbeitsämter zu errichten, welche die sozialpolitischen Interessen der im Gemeindebezirk ansässigen Arbeiter, und zwar der in Gemeinde- wie in Privatunternehmungen unter Mitwirkung der Arbeiterräte wahrnehmen, insbesondere durch Arbeitsnachweise, Arbeitsstatistik, Erwerbslosenfürsorge, Auskunftsverteilung und Rechtsschutz.

Auch haben sie die den Gemeinden übertragene Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen unter Mitwirkung der Betriebsräte zu überwachen.

2. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in Gemeindeunternehmungen und bei Aufträgen der Gemeinden an Privatunternehmer (Submissionen) müssen den durch die zuständigen Arbeitervertretungen festgesetzten Bedingungen entsprechen.

Bezüglich des Sicherheitsdienstes verlangen wir: Der Sicherheitsdienst der Gemeinde ist allein durch angestellte Sicherheitsmannschaften und unter Beschränkung auf nur polizeiliche Zwecke auszuüben.

Zum Elbinger Schneiderstreik

Herr Schneidermeister Döbel bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

Zu dem Artikel Ihres gestrigen Blattes „Streik der Schneider“ möchte ich folgendes zur Aufklärung bemerken: Auf Grund der gescheiterten Verhandlungen in Frankfurt a. M. haben die Schneider vom Deutschen Schneider-Verband Weisung erhalten, am 1. November in den Streik zu treten. Reineswegs haben die Gewerkschaften der Schneidergehilfen Weisung zum Sympathiestreik gegeben und infolgedessen weigern meine Gehilfen sich, auch vollkommen rechtmäßig, die Arbeit niederzulegen. Die Arbeitgeber weigern sich keinesfalls, den Zuschneidern eine Gehaltserhöhung zu gewähren, jedoch müssen wir den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der schon vor dem Streik angebahnt war, abwarten.

Wie wir weiter erfahren, beträgt die Gehaltsforderung der Elbinger Zuschneider 1000 Mark pro Monat. Wie diese Forderung begründet wird, ist uns nicht bekannt. Herrn Döbels Gehilfen senden unserer Redaktion folgende Erklärung: „Die Versammlung, die am 3. November in Passenheim stattfand, war unseres Erachtens nach vollkommen rechtsunfähig. Ebenso ist auch die Abstimmung für oder gegen einen Sympathiestreik vollkommen zu Unrecht erfolgt. Da wir Gehilfen der Firma Doebel ausdrücklich Geheimabstimmung verlangt haben, trotzdem aber eine Abstimmung per Akklamation erfolgte, nahmen wir an der Abstimmung nicht teil. Wir sehen uns auch weiterhin nicht veranlaßt, die Arbeit niederzulegen, da die Arbeit bei sämtlichen Schneidermeistern weiter aufrecht erhalten wird.“

Von unseren Kriegsgefangenen

Von einem in französischer Gefangenschaft befindlichen Genossen werden wir um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten:

Landsleute!

Seit fast einem Jahre ist der Krieg beendet, seit vier Monaten der Frieden unterzeichnet. Vor kurzem ist er ratifiziert worden und in Kraft getreten; dennoch haben wir keinerlei Gewißheit über unser Schicksal. Von Monat zu Monat hat man uns vertröfelt, ohne daß sich das geringste an unserer Lage geändert hätte. Wie lange soll dieser Zustand noch dauern? Der Winter, der Schrecken eines jeden Gefangenen steht vor der Tür. Sollen wir auch diesen noch hier verbringen? Nochmals Weihnachten hinter dem Stacheldraht? Wir sind der Verzweiflung nahe! Helft, und helft schnell. Laßt euch durch keinerlei Nachrichten beeinflussen! Wenn die Auslieferung auch begonnen haben sollte, so werden, bis wir alle daheim sind, noch Monate vergehen. Darum tut, was in euren Kräften steht, um unsere Heimsendung möglichst zu beschleunigen!

Wir vertrauen auf euch! Die Gefangenen der Kompagnie 989 La-Ferte-Milon.

Keine Post

Die Sperrung des Personenverkehrs macht sich im Redaktionsbetriebe in unangenehmster Weise fühlbar. Der größte Teil der auswärtigen Zeitungen, ebenso die Sendungen unseres Berliner Bureaus sind ausgeblieben. Für die nächsten Tage dürfte das Verhältnis noch schlimmer werden, da die Beförderung von Postsendungen nur mit Güterzügen erfolgt. Auch in der Zustellung der Volksstimme an die bereits zahlreich vorhandenen auswärtigen Bezahler wird die Sperrung des Verkehrs sehr störend eingreifen. Von unserer Expedition gehen die Sendungen so früh als möglich ab. Es wird aber trotzdem die Geduld unserer Parteifreunde sehr stark in Anspruch genommen werden müssen.

Elbinger Polizeinachrichten

In der Nacht zum 2. November hielt ein Wächter zwei Männer an, die ein Zentnergewicht trugen. Auf Anruf ließen die Beiden das Gewicht fallen und entliefen. Der Eigentümer ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Am Depot der Feuerwehr wurde eine gut erhaltene Handkarre gefunden. Der Besitzer desselben ist noch nicht ermittelt.

Der Fürsorgezögling Krause stattete am Sonnabend seinen Herrn Bekannten und Verwandten Besuche ab, um sie bei dieser Gelegenheit kräftig zu bestehlen. So stahl er unter anderem einen Koffer mit 900 Mark barem Geld und diverse Lebensmittel. R. wurde festgenommen und dem Amtsgericht zugewiesen.

Parteigenossen!

Was muß jeder einzelne jetzt tun?

Die Organisation der U. S. P. und ihre Presse für den Agitationsbezirk Elbing,

die Elbinger Volksstimme stärken

ihr neue Leser und neue Inserenten zuführen. Sie ist es, welche die Grundsätze und Forderungen des Sozialismus der Doffentlichkeit zugänglich macht. Sie ist es, welche die Rechte der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten verteidigt gegen alle Anmaßungen des Kapitalismus. Es ist deshalb eure Pflicht, die Druckerei auszubauen, zu vergrößern,

damit sie den Kampf wuchtiger und wirkungsvoller führen kann.

Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, weitere Anschaffungen sind nötig.

Dazu gehört vor allem Geld.

Jedes Mitglied der U. S. P. muß Anteile für die Elbinger Volksstimme zeichnen. Keiner darf zögern, Geld im eigenen Unternehmen anzulegen, das unablässig für die materielle und geistige Befreiung kämpft. Das angelegte Geld wird verzinst. Anteilscheine können gezeichnet werden in der Geschäftsstelle Spieringstraße 21, sowie bei allen Bezirksleitern und Vertrauensleuten. Jeder, auch der kleinste Betrag hilft! Deshalb, Genossen,

zeichnet Anteilscheine!

Ditdeutsche Nachrichten

Zum Königsberger Buchdruckerstreik

Wie wir bereits gestern mitteilten, befinden sich seit Sonnabend die Königsberger Buchdrucker im Streik. Sie gehörten seit langem zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern Königsbergs. Die Buchdrucker verlangen jetzt eine monatliche Beihilfe von 50 Mark rückwirkend vom 1. Oktober. Wenn sie nicht wirtschaftlich vollkommen zu Grunde gerichtet werden wollen, so müssen sie auf ihrer Forderung bestehen. Damit erledigt sich auch das Geschrei der kapitalistischen Zeitungsfirmen, die Buchdrucker hätten den Tarif gebrochen. Langfristige Tarife sind in dieser Zeit der fortgesetzt steigenden Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ein Unsin. Werden sie doch geschlossen, so zwingt unmittlere bittere Not die Arbeiter dazu, sich über den Hungertarif hinwegzusetzen und trotz desselben in den Kampf um die Möglichkeit der nackten Lebensfrist einzutreten. Wir begrüßen diesen ersten in voller Geschlossenheit geführten Kampf im graphischen Gewerbe Königsbergs. Die Sympathie der gesamten organisierten Arbeiterschaft können die Streikenden gewiß sein. Von sämtlichen bürgerlichen Zeitungen Königsbergs hat nur die rechtssozialistische Volkszeitung die Forderungen der Buchdrucker bewilligt.

Volkschule Marienwerder

Aus Marienwerder wird uns geschrieben: Am Montag fand in der Aula des Ober-Lyzeums Marienwerder der erste größere Vortragsabend statt, an dem fast sämtliche ersten Künstlerkräfte unseres Schauspielhauses als Vortragende teilnahmen. Die Eintrittspreise waren überaus mäßig, so daß es auch den weniger Bemittelten leicht möglich war, sich den Besuch und Genuß wahrhafter Kunst und Literatur zu verschaffen. Sämtliche Vorträge fanden starken Beifall und

mußten durch Zugaben bereichert werden. Der Besuch ließ nichts zu wünschen übrig (bis auf den letzten Platz gefüllt.) Diese Abende, ein Arrangement der Direktion Harnier und Sohn, sollen nunmehr wöchentlich stattfinden.

Feuergescheh zwischen Arbeitern und Beamten

Die Danziger Zeitung berichtet unter der Ueberschrift Schießerei zwischen Wirtschaftsbeamten und Arbeitern folgendes:

„Zwei Wirtschaftsbeamte des Gutes Waldenburg bei Neustadt, die nach dem nahen Walde gegangen waren, um Holz abzunehmen, sahen im Felde drei bewaffnete Männer liegen, die scheinbar schliefen. Nachdem sich die Beamten ebenfalls mit Waffen versehen hatten, näherten sie sich den Arbeitern. Es kam hierbei zu einer regelrechten Schießerei, die damit endete, daß der Wirtschaftsbeamte B. am Oberschenkel, Oberarm und Kopf verletzt wurde. Die Arbeiter ergriffen hierauf die Flucht. Bei der sofort von Jägern aufgenommenen Streife nach den Tätern wurden zwei bewaffnete Arbeiter, die in Neustadt wohnen, angetroffen und festgenommen. Der verletzte Wirtschaftsbeamte wurde ins Neustädter Krankenhaus eingeliefert.“

Diese Schilderung ist reichlich unklar. Der Vorgang bedarf dringend weiterer Aufklärung.

Winnig lehnt ab

In Tilsit ist seit einigen Tagen ein Generalstreik ausgebrochen, an dem die Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen Richtung teilnehmen. Eine Abordnung der streikenden Arbeiter in Tilsit ist mit dem Oberbürgermeister Dr. Pohl nach Königsberg gereist, um die Vermittelung des Oberpräsidenten anzurufen. Oberpräsident Winnig lehnte die meisten Forderungen der Streikenden ab.

Ein Danziger Bürgerwehrmann erstochen

Sonntag abend kam es im Bürgerheim in Ohra zu einem Zusammenstoß zwischen Schutzleuten und Gästen. Ein Bürgerwehrmann wurde von den Schutzleuten abgefaßt, um polizeiliche Verstärkung heranzuholen. Im Garten wurde derselbe abgefangen und erhielt einen Messerstich, der das Herz traf. Der Gestochene war sofort tot. Der Täter ist unerkannt entkommen.

Prügelei mit tödlichem Ausgang

Die Arbeiter Reich und Golembiewski gerieten in der Warte Halle der vierten Klasse im Bahnhof Dirschau in einen Wortwechsel, der schließlich in eine Prügelei ausartete. Reich, der sich an Brennspiritus betrunken hatte, schlug den Golembiewski, der darauf dem Reich mit einer Latte einen Hieb über den Kopf verfezte. Reich, der eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte, ist in der folgenden Nacht verstorben.

Aus der Arbeiterbewegung von Marienwerder

Seit geraumer Zeit pflegt der Filialvorstand der Pflasterer und Berufsgenossen Verhandlungen mit dem Kartell und dem Vorstand der Rechtssozialisten, daß unsere Partei auch ihre politischen Versammlungen im Gewerkschaftslokal gegebenenfalls abhalten darf. Da nun der Kartellvorstand und der rechtssozialistische Führer stets die unglaublichen Einwände dagegen hatten, stellte der Genosse Cziesinski bei der stattgefundenen Kartellsitzung am 29. Oktober erneut den Antrag und begründete ihn, indem die Mitglieder der U. S. P. gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nun entspann sich eine tolle Debatte. Als erster meldete sich der Sprengkolonnenführer, Maurer Jörgens, der zu unserem Gründungstage, am 31. Juli, die rechtssozialistische Sprengkolonne organisierte, zum Wort. Er zog in der niederträchtigsten Weise über die U. S. P. her, indem er u. a. die Mitglieder der U. S. P. außer Haase als dumme Jungen und als die gefährlichsten Gegner der Mehrheitssozialisten bezeichnete. Sie wären viel schlimmer als die Deutschenationalen und müßten auf das entschiedenste bekämpft werden. Er habe sich das als höchste Aufgabe gestellt. (Vater vergib ihm; er weiß nicht was er tut. Red. der Volksstimme.) Jörgens forderte alle Mitglieder der U. S. P. auf, sich diesem Kampfe mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln anzuschließen. Die Richtigstellung des Genossen Cziesinski fand in der Sitzung einigen Beifall. Unter dem Einfluß des Herrn Jörgens gab dann der Kartellvorstand die Erklärung ab, das Kartell wäre dazu nicht zuständig.

Nun erhob auch der Vorsitzende der Rechtssozialisten, der Buchdrucker Buchecker, seine Stimme und erklärte feierlich, daß er nie auf eine Einigung eingehen werde mit Leuten, die er zu fürchten hätte, die viel zu dumm seien, um die Gewalt an sich zu reißen und so sagte er wörtlich: „Die U. S. P.-Mitglieder sind Strohe, mit denen ich nichts gemein haben will.“

So sehen die Führer der Marienwerderer Rechtssozialisten aus!

Aus der Partei

Berlin gegen Anschluß an die 3. Internationale

Am Sonntag fand die Generalversammlung unserer Berliner Parteiorganisationen statt. Nach einem Referat des Genossen Ledeborn wurde folgende Resolution angenommen: „In der Erkenntnis, daß von der Mehrheit der der zweiten Internationale angeschlossenen Parteien nichts im Sinne des revolutionären Fortschritts zu erwarten ist, wir uns aber der dritten Internationale nicht bedingungslos anschließen können, ersuchen wir die Parteileitung, geeignete Schritte zu unternehmen, um mit den revolutionären Parteien aller Länder in Fühlung zu kommen und auf diese Weise den Boden für eine wirklich revolutionäre, aktionsfähige neue sozialistische Internationale vorzubereiten.“

Verchiebung des Parteitages

Die von der Reichsregierung verfügte Sperrung des Personenverkehrs vom 5. bis 15. November nötigt uns, den für den 16. November nach Leipzig einberufenen Parteitag um eine Woche zu verschieben.

Die Frauenkonferenz kann gleichfalls erst eine Woche später stattfinden. Das Zentral-Komitee der U. S. P. D.

Unsere Arbeiterbewegung in Baden

Unter den denkbar größten Schwierigkeiten, aber auch unter der opfervollsten Ueberwindung aller Hemmnisse ist es unsern Genossen in Baden gelungen, aus der anfänglich kleinen Schar unserer Anhänger ein stattliches Heer von Kämpfern zu machen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt

unserer Partei in Baden 16 000 Stimmen. Jetzt mußte sie in 106 Ortsgruppen 13 000 Mitglieder. Die Wahlbewegung litt außerordentlich unter dem Mangel einer eignen Presse und einer hinreichenden Zahl von agitatorischen Kräften. Bis jetzt konnte auch alle spätere Werbearbeit nur im Nebenamt betrieben werden. Am 21. September erfolgte die Anstellung eines Bezirkssekretärs für den Bezirk Mannheim.

Parteilblätter haben wir jetzt ein wöchentlich zweimal erscheinendes, die Republik in Karlsruhe und in Mannheim ein täglich erscheinendes, das sich gut entwickelt.

Einen großen Erfolg brachten uns die Gemeindewahlen im Mai. Überall hatten wir starken Stimmenzuwachs und wo wir uns beteiligten, haben wir auch Vertreter in den Rathhäusern.

Gewerkschaftliches

Wie sie sich schmieren lassen!

Nach der Revolution nennen sich bekanntlich alle Angestelltenverbände „Gewerkschaften.“ Sie wissen, daß jetzt auch die Angestellten von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt sind, und da sie den Abmarsch ihrer Mitglieder ins Lager des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten aufhalten und unaufgeklärte Berufsgegnossen einsparen wollen, nahmen sie den früher so

verspotteten Titel „Gewerkschaften“ an. Aber sie nahmen auch nur den Titel an. In Wirklichkeit sind sie noch heute, was sie waren, Söldlinge der Unternehmer. Noch jetzt nehmen diese Verbände Zuwendungen, oder deutlicher gesagt, Schmiergelder von großen Industrie- und Handelshäusern. Der Illustration dieser Behauptung diene nachfolgende Mitteilung:

Am 24. April 1919 erhielten der Verband deutscher Handlungsgehilfen, Leipzig, Harfortstraße, der Kaufmännische Verein von 1858, Bezirk Dresden, der Verband reisender Kaufleute von der Zigarettenfabrik Georg A. Jasmagi Aktiengesellschaft, Dresden, durch Scheck je 3000 Mark überwiesen. Die Verbände haben den Betrag angenommen und quittiert.

Am 9. April 1918 nahmen dieselben Verbände, sowie auch der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und der Kaufmännische Verband für weibliche Angestellte je 2000 Mark mit folgendem Begleitschreiben:

Wir beehren uns, Ihnen in der Anlage unsern Scheck über 2000 Mark

zu überreichen mit der Bitte, diesen Betrag zum Besten der gemeinnützigen Bestrebungen Ihres Vereins freundlichst verwenden zu wollen.

Wir bitten guter Ordnung halber um gefällige Empfangsbestätigung und empfehlen uns Ihnen

mit vorzüglicher Hochachtung

Georg A. Jasmagi, Aktiengesellschaft.

Die Verbände scheinen sich in ihrem Wohlverhalten den Unternehmern gegenüber gebessert zu haben, denn während sie im Jahre 1918 mit 2000 Mark abgefunden wurden, erhielten sie im Jahre 1919 3000 Mark Schmiergelder.

Wieviel werden sie im nächsten Jahre bekommen?

Briefkasten der Redaktion

P. Hauptstraße. Wenden Sie sich bitte an die Adresse des Herrn Biewrodt, Elbing, Gartenstraße 32, um Aufklärung.

In den Fabriken, Werkstätten

— für die Elbinger Volksstimme werben! —

Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnikki, beide in Elbing.

Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Kartoffelhändler.

Alle Markenblätter, auf die bereits Kartoffeln zur Wintereinkellerung abgegeben sind, müssen sofort im Ernährungsamt abgeliefert werden. Elbing, den 5. November 1919.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Bekanntmachung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307) wird unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 12. und 22. November 1918 (Reichsanzeiger 268 und 281 vom 12. und 28. November 1918) bestimmt:

§ 1.

Gemäß § 5 des Lieferungsvertrages über Herbstgemüse werden die Vertragspreise für die nachstehend verzeichneten Gemüsearten je Zentner bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Für Weißkohl	M 4,—
Für Rotkohl	M 7,25
Für Wirsingkohl	M 6,75
Für Grünkohl bis zum 30. November 1919	M 6,75
Für rote Möhren und Karotten aller Art einschließl. der kleinen, runden Karotten	M 5,25
Für gelbe Möhren	M 3,75
Für weiße Möhren	M 2,25

Diese Preise gelten für gesunde, marktfähige Handelsware, frei verladen in Bahnwagen oder in Schiff.

§ 2.

Die Preise des § 1 sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

§ 3.

Die Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Bekanntmachung vom 16. August 1919 (Reichsanzeiger 189 vom 21. August 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 4 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (R. G. Bl. S. 307) wird bestimmt:

§ 1.

Der Erzeugerhöchstpreis für Zwiebeln (lose) wird wie folgt festgesetzt:

vom 1. November 1919 ab	12 Mark je Zentner
vom 1. Dezember 1919 ab	13 Mark je Zentner
vom 1. Januar 1920 ab	15 Mark je Zentner
vom 1. Februar 1920 ab	18 Mark je Zentner
vom 1. März 1920 ab	21 Mark je Zentner

Diese Preise gelten für gesunde marktfähige Handelsware frei verladen in Bahnwagen oder Schiff.

§ 2.

Diese Verordnung tritt am 1. November 1919 in Kraft. Am gleichen Tage tritt die Bekanntmachung vom 2. September 1919 (Reichsanzeiger 201 vom 4. September 1919) außer Kraft.

Berlin, den 18. Oktober 1919.

Reichsstelle für Gemüse und Obst.

Höchstpreise für Gemüse.

Auf Grund der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 18. September 1919, R. 4230, werden nachstehende Höchstpreise für die Provinz Westpreußen festgesetzt:

Sorten	Erzeugerpreis	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
für das Pfund in Pfenningen			
Weißkohl	4	8,50	12
Rotkohl	7,25	11	15
Wirsingkohl	6,75	10,75	15
Grünkohl bis zum 30. November 1919	6,75	10,75	15
Rote Möhren und Karotten aller Art einschließl. der kleinen runden Karotten	5,25	9,25	13
Gelbe Möhren	3,75	6	9
Weiße Möhren	2,25	4,50	7,50

Die vorstehenden Höchstpreise treten am Dienstag, den 28. Oktober 1919 in Kraft.

Danzig, den 22. Oktober 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen.

U.S.P. 7., 8., 9. Bezirk

Donnerstag, den 6. d. Mis., abends 5 Uhr, im Volkshaus

Vertrauensmännerversammlung.

Die Bezirksleitungen.

Höchstpreise für Gemüse.

Auf Grund der Verordnung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 18. September 1919, 4231, werden nachstehende Höchstpreise für die Provinz Westpreußen festgesetzt:

Sorten	Großhandelspreis	Kleinhandelspreis
für das Pfund in Pfenningen		
Zwiebeln (lose)		
vom 1. November 1919 ab	55	75
vom 1. Dezember 1919 ab	56	76

Die vorstehenden Höchstpreise treten am Dienstag, den 28. Oktober 1919, in Kraft.

Danzig, den 22. Oktober 1919.

Provinzialstelle für Gemüse und Obst für Westpreußen.

Achtung! Achtung! Achtung!

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.

Branchen-Versammlungen

Mittwoch, den 5. November 1919, abends 6 Uhr: Schlosser, Bau Schlosser u. Klempner,

Donnerstag, den 6. November 1919, abends 6 Uhr: Dreher, Former und Elektriker,

Freitag, den 7. November 1919, abends 7 Uhr: Schmiede, Kesselschmiede und Werft im Volkshause.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen: Bericht über den Verbandstag.

Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Haus-Uhren

in Eiche und Nußbaum mit besten Messingwerken soeben eingetroffen

Augustin Riebe

Juwelier

Alter Markt Nr. 53.

R. Lengning, Fischerstr. 20/21

empfehlen für Weihnachten schon jetzt ihre Spielwaren

Rudolf Ullrich, Elbing

Fernruf 485

Bierbrauerei, Limonadenfabrik

empfehlen

Süßbier, Selters, Limonaden

Englisch-Brunnen-Biere

hell und dunkel, in Fässern und in Flaschen. Der Name Ullrich auf dem Flaschenetikette verbürgt beste Qualität u. sauberste Füllung.

Revolutionsfeier.

Am Jahrestage der Revolution, dem 9. November, veranstaltet die U. S. P. D. Elbing im Volkshaus ein

Großes Konzert

mit auserlesenen Programm.

Mitwirkende:

Kapelle des hiesigen Stadttheaters, Männer- und Frauen-Gesangverein „Liederfreund“, erstklassige Kräfte der hiesigen Oper.

Hierzu erlaubt sich einzuladen

die Parteileitung.

Eintritt M. 1.50.

Anfang 4 Uhr.

Wir bitten, Kinder unter 14 Jahren nicht mitzubringen. Der Reinertrag ist für den Pressfonds bestimmt.

Familienanzeigen

Kaufgefuche
Verkaufsangebote

finden in der

„Elbinger Volksstimme“
die weiteste Verbreitung!

Wir empfehlen sie als
wirksames Anzeigenorgan!

Puppen-Klinik

R. Lengning, Fischerstraße 20/21.

Reichels Litor-Essenzen

vorrätig

Drogerie

Kurt Penner
heil. Geiststraße 31.

W. Breiffeldt

Innere Mühlenstraße 18/19,

Fernsprecher 352,

empfehlen sein

Spezialgeschäft

in Zigarren, Zigaretten, Rauch, Rau- u. Schnupftabak.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!!!

Herren-Garderoben

werden sauber und billig repariert, gereinigt u. gebügelt.

M. Schepanski, Wilhelmstr. 15.

Sämtliche Schreibwaren

für

Schule, Haus,

Behörde

für

Handel, Gewerbe,

Industrie

in nur bester Ausführung
kauft man bei

G. W. Petersen

Alter Markt 33.

Wäsche zum Plätten

nimmt noch an
Frau Pahl, Petrisstr. 16.

1 Gehrod, 1 Paar Stiefel
zu verkaufen

Mattendorferstraße 8.

Empfehle Emaillewaren

wie Eimer, Wannen, Schmortöpfe mit Ring usw.

Dall-Plätteisen Plättelisen

für Rohlen, Bolzen und Spiritus,

Wirtschaftswagen Lafettwagen

Fleischbadmaschinen
Brot Schneidemaschin.

verschiedene Systeme,

Goltinger Stahlwaren

wie Tischmesser u. Gabeln
Taschenmesser,
Scheeren usw.

Joh. Meißner Nachf.

Gde Königsberger-
und Leichnamstraße.

Elektro- Monteure

selbständige und gewissenhafte Leute, stellt sofort ein bei dauernder Arbeit

Blank, Installationsgeschäft
Wittenfelderstraße 24.

Ältere Kinderfrau

ob. Mädchen ohne Anhang gesucht. Zu m. Herrenstr. 29.

Elbinger Standesamt

vom 5. November 1919.
Sterbefälle: Arbeiter

Arthur Ostor Poems, 1 T., 3 T.

Schuhmacher Karl Adolf Jota, 1 G., 11 J. — Eigentümerswitwe Anna Wookmann geb. Wookmann, 89 J. —

Monteur Hermann Kraffuski, 1 T., 9 J.